

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50.  
Durch die Post im Ost- und Ober-  
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-  
ländischen Vertriebsgebiet RM. 1.80 mit  
Postzuschlag. Preise freier-  
hand. Preis einer Nummer 10 Pf.  
In Fällen höherer Gewalt behält  
sich Verleger auf Verlegung der  
Zeitung oder auf Nichterhaltung  
des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Post-  
ämter, sowie Agenturen und  
Buchhändler jederzeit entgegen.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Kontokonto Nr. 24 bei der Oberamts-  
Sparkasse Neuenbürg.

# Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Mees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile über  
deren Raum 25 Kpf., Restamts-  
blätter 30 Kpf., Restamtsblätter 100 Dres.  
Zuschlag. Offerte und Auftrags-  
erteilung 20 Kpf. Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der im Falle  
des Nachrückens bisfällig  
ist, ebenso wenn die Zahlung  
nicht innerhalb 5 Tagen nach Be-  
stimmungstermin erfolgt. Bei Tarif-  
änderungen treten sofort alle früheren  
Verordnungen außer Kraft.  
Vertriebsort für beide Teile ist  
Neuenbürg. Für teile Aufträge  
wird keine Gewähr übernommen.  
Erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 17 Donnerstag den 22. Januar 1931 89. Jahrgang

### Dr. Curtius im Angriff

Genf, 21. Jan. Der große Tag in Genf ist gekommen. Der Völkerbund trat heute vormittag mit einer Tagesordnung zusammen, auf der ausschließlich Minderheitenfragen standen und zwar die drei Beschwerden der deutschen Regierung wegen der Wahlterrorakte in Oberschlesien und Pommerellen und die Petition, die der Oberschlesische Volksbund in der gleichen Angelegenheit an den Völkerbundrat gerichtet hat. Der Ratssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt von Journalisten und Publikum, die mit ungeheurer Spannung den Verlauf der Dinge erwarteten.

#### Dr. Curtius

führte aus: Das Maß der Leiden der Deutschen während der polnischen Wahlen habe alles übertraffen. Man habe geglaubt, eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können. Die Minderheitenangelegenheit sei eine reine Völkerbundsangelegenheit und trage nicht den Charakter des Streitiges zwischen zwei Staaten. In diesem Falle hätte Deutschland nicht schweigen dürfen, wenn auch die anderen Mächte geschwiegen hätten. Deutschland sei mit den Deutschen, die jetzt jenseits der Grenze unter fremder Herrschaft leben, durch ein hartes inneres Band verknüpft. Daran ermahnte er die ungeheure Erregung der Öffentlichkeit in Deutschland über die Wahlterrorakte. Der traurige Katalog der Gewalttaten zeige, daß man alle Mittel gegen die deutsche Minderheit angewendet habe, moralischen Zwang bis zur körperlichen Mißhandlung. Er erinnere an Hohenbrunn, wo das ganze deutsche Dorf dem Terror zum Opfer fallen mußte, er erinnere an den Fall des Redakteurs Dunold und des württembergischen Landwirts Treible, sowie an den Fall Gollaschowitz, wo jetzt von einem polnischen Gericht festgestellt sei, daß der Politzist nicht, wie anfänglich behauptet wurde, durch Deutsche, sondern durch Angehörige der polnischen Minderheit erschossen worden sei. Allen diesen Fällen sei eines gemeinsam, das System, das darin liegt, und die Begünstigung dieses Systems durch die polnischen Behörden. Eine Helle des polnischen Terrors sei über die scheinbar deutsche Bevölkerung in Oberschlesien hinweggeglitten. Die polnische Regierung habe das zum Teil selbst zugegeben, indem sie nicht weniger als 9 Strafverfahren und 17 Disziplinarverfahren eingeleitet habe. Das Vergehen der Gewalttate sei, daß sie von einem einseitigen geschlossenen Willen getragen wären, der sich gegen das Deutschtum als solches richtete. Die Terrorakte hätten sich in aller Öffentlichkeit abspielen können, ohne daß der oberste polnische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt. Auch die anderen höheren und niederen Beamten hätten ihre Pflicht nicht erfüllt und sich zum Teil positiv an den Vorfällen beteiligt. Der Aufständischenverband habe eine systematische Aktion eingeleitet. Das Protokoll vom 9. Dez. 1920, das Verbleiben für militärische Vorbereitungen des Aufständischenverbandes, worin die militärisch organisierte Weisheitsgewalt und die Disziplin als Hauptaufgabe des Verbandes in allen Einzelheiten geregelt seien, sei hier heranzuziehen. Das heißt, so meint Dr. Curtius, nicht so aus, als ob es sich um eine harmlose Organisation gewöhnlicher Art handle, wie dies die polnische Gegenbemerkung behauptet.

Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren erkläre zwangsläufig die von der polnischen Regierung hervorgerufene hohe Wahlbeteiligung, aber auch das sonst ganz unverständliche scheinbare Überwiegen der deutschen Stimmen. Polen behauptet, daß es der Minderheit in Oberschlesien nicht schlechter ergangen sei, als anderen Gruppen der Opposition. Aber die Deutschen in Oberschlesien hätten ihre besonders verbreiteten Rechte, die nach objektiven Grundfragen der Gerechtigkeit und Freiheit zu beurteilen seien. Die deutsche Regierung habe in einer dritten Note auch die Wahlen in Posen und Pommerellen zur Sprache gebracht. Hier seien die Eingriffe in die freie Ausübung des Wahlrechts der Deutschen fast noch gravierender als in Oberschlesien. Die polnische Regierung habe in ihren Gegenbemerkungen darauf hingewiesen, daß all die traurigen Vorkommnisse in Oberschlesien, deren erheblichen Umfang sie nicht bestreitet, mehr oder weniger auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien. Dabei spielen sie sehr deutlich auf die politische Bewegung in Deutschland an, die gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet sei.

Dieser polnische Einwand, erklärte Curtius, zwingt mich natürlich, auch zu ihm hier bei dieser Gelegenheit Stellung zu nehmen. Die unveränderte Haltung aller bisherigen deutschen Regierungen und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu den politischen Fragen, auf die die polnische Regierung anspielt, ist überall in der Welt bekannt. Ich bin weit davon entfernt, sie in irgendeiner Richtung abschwächen zu wollen. Ich verleihe sie auch hier nicht. Aber das Eine steht fest: Deutschland denkt nicht daran, diese Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Ebenso sehr wie über die politischen Ziele ist sich das ganze deutsche Volk über die unbedingte Innehaltung friedlicher Methoden einig. Schon aus diesem Grunde kann die Diskussion solcher Ziele niemals Anlaß oder Vorwand für die Unterdrückung der Minderheit

geben. Die schwerste Gefahr für die Minderheiten in Oberschlesien liegt in der Aktivität des militärisch organisierten Verbandes der Aufständischen, die im engen Zusammenhang mit maßgeblichen staatlichen Behörden steht und dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheiten darstellt. Der Rat wird sich mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen.

Wenn nicht die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person rückwärts geschoben werden, wenn das System nicht geändert wird und wenn nicht in der Vergeltung die personelle Schwere für eine unparteiische Handhabung der Minderheiten-Schutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheit immer wieder der Recht- und Schutzlosigkeit ausgeliefert bleibt. Eine Verabingung der Minderheit, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu erreichen, wenn die Verletzung der Verträge klar festgestellt wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wieder gutmachung eintritt und wenn die Maßnahmen für die Zukunft von dem aufrichtigen Willen aller Völkerbundsmitglieder getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitsrechte nicht antasten zu lassen.

#### Zaleskis Antwort

Zaleski ging zu Beginn seiner Rede auf den Geist der Minderheiten-Verträge und die Absichten der Gründer der Minderheitenpolitik ein, die nicht daran gedacht hätten, aus den Minderheiten ein Werkzeug gegen den Staat zu machen. Dem Völkerbundrat liegen in den ober-schlesischen Angelegenheiten drei deutsche Noten und eine Petition des Oberschlesischen Volksbundes vor. Er zitierte es vor, den letzteren Text zur Grundlage der Auseinandersetzungen zu machen. In ihm sei eine große Anzahl von Fällen von Ausschreitungen vermerkt, welche die polnische Regierung alle nachgeprüft habe. In einer Reihe von Fällen habe sie Strafmaßnahmen ergriffen. Ein schlecht unterrichteter Beobachter müsse aus den heutigen Erklärungen den Eindruck gewinnen, als lebe die deutsche Minderheit in Oberschlesien in einem schlechteren Zustand als die polnische Minderheit in Deutschland. Er wies jedoch darauf hin, daß in Deutschland-Oberschlesien nur 27 Minderheiteneinzelnen beständen, während im polnischen Teil Oberschlesiens über 250 Minderheiteneinzelnen vorhanden seien. Die Wahlen, das wolle er zugeben, hätten sich in einer leidenschaftlichen Atmosphäre abgepielt, und die Kämpfe seien sehr heftig gewesen. Man könne aber nicht davon sprechen, daß eine Einheitsfront gegen das Deutschtum und ein Kampf des Polentums gegen den Germanismus bestanden hätte. Was die Behauptung angehe, daß man in Kattowitz 30.000 Wähler das Stimmrecht entzogen habe, so müsse er darauf hinweisen, daß zwischen Dr. Curtius und der Beschwerde des Volksbundes ein wesentlicher Unterschied bestehe, denn der Volksbund spreche nur von 500 Streitkräften. Er wolle nicht in Abrede stellen, daß eine Reihe der in der Petition des Volksbundes aufgeführten Fälle wirklich schwer seien.

Man habe besonders die Aufständischen für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht. Es handle sich dabei um einen Verband von Kriegsveteranen, der, das wolle er zugeben, einen besonders starken Patriotismus vertrete, aber er glaube, sein deutscher Kollege hätte genug zu tun, wenn er sich etwa mit dem Stahlhelm verständigen wolle. Er gäbe auch zu, daß ein großer Teil der Vorfälle bedauerlich sei und daß verschiedene Bestimmungen der Minderheitenverträge verletzt worden seien, und er könne auch sagen, daß er die Forderungen, die in der Beschwerde des Volksbundes aufgestellt seien, annehme. Die Minderheit würden verfolgt, zahlreiche Beamte bis zum Hals in der Revolution gezogen. Die Insurgenten genossen, soweit er wisse, keinerlei Vorrechte. Die polnische Regierung arbeite mit ihnen nicht zusammen. Zaleski schloß seine Rede mit einer Betonung des Willens Polens zur friedlichen Zusammenarbeit im Völkerbunde.

#### Dramatische Steigerung

##### Curtius weist Zaleskis Argumente zurück

Genf, 21. Jan. Die Mittwochnachmittags-Sitzung des Völkerbundrates wurde eingeleitet mit einer sehr klaren, überlegten und energiegelassen Antwort des deutschen Außenministers Curtius. Curtius stellte zunächst richtig, daß er nicht von 30.000 Streitkräften, sondern von 30.000 Einzelpersonen gesprochen habe, und daß ja Zaleski selbst zugab, daß 500 Wähler getötet worden seien. Hierdurch, so fuhr Curtius fort, werden bityrtig die ganzen unmöglichen Verhältnisse in Oberschlesien beleuchtet, in denen es möglich gewesen ist, die Frage der nationalen Zugehörigkeit zur Grundlage von Entscheidungen zu nehmen. Curtius wies sodann auf weitere Beweise hin, wonach eine offene Stimmabgabe infolge des Terrors in den Wahllokalen erzwungen worden ist und bewaffnete Aufständische die Wahlen kontrollierten. Unter diesen Umständen war — so betonte Curtius — eine freie Wahl selbstverständlich überhaupt nicht möglich. Hierdurch allein erklärt sich der Rückgang der deutschen Stimmabgabe.

Nach in den Wahlen vom Mai 1920 hat die deutsche Minderheit über 190.000 Stimmen verfügt, während für sie im November 1920 bei den Stichwahlen nur 90.000 Stimmen abgegeben worden sind. Dieser außerordentliche Rückgang der deutschen Wahlstimmen findet seine Erklärung nur durch den

Terror, der von polnischer Seite bei den Wahlen ausgeübt worden ist. Ich habe zunächst keinen Anlaß gehabt, die in diesem Zusammenhang stehenden grundsätzlichen politischen Fragen aufzuwerfen, jedoch habe ich mich nicht scheuen, offen zu erklären, wie Deutschland über

das unerträgliche Unrecht an den deutschen Minderheiten denkt. Durch das Unrecht im Osten wird die allgemeine Atmosphäre vergiftet, nicht durch die Reden des deutschen Außenministers. Briand hat mit Recht jedoch bereits einmal erklärt, daß der Völkerbund verpflichtet ist, offen auch unangenehme Fragen zu behandeln. Ich will offen darüber reden, welche Ziele das gesamte deutsche Volk verfolgt und stelle von neuem fest, daß das deutsche Volk diese großen Ziele nur auf friedlichem Wege erreicht. Den Vergleich zwischen dem Stahlhelm und dem Aufständischenverband wehe ich aufs schärfste zurück. Der Stahlhelm ist kein Aufständischer-Verband und hat niemals Gewalttate gegen Minderheiten vorgenommen. Ich habe selbst auf meiner Reise nach Oberschlesien an dieser blutigen Grenze Deutschlands, die unmittelbar das lebende Fleisch des deutschen Wirtschaftsorganismus zerreißt, feststellen können, daß der Aufständischenverband gerade während der Wahlzeit unmittelbar an der Grenze Manöver- und Schießübungen abhielt, wodurch die deutsche Bevölkerung aufs höchste beunruhigt gewesen ist.

Der Völkerbundrat darf nicht dulden, daß die deutsche Minderheit, die heute in einem schweren Kampf steht, durch derartige Maßnahmen in ihrer Existenz bedroht wird. Aus dem vorliegenden Dokumentenmaterial geht einwandfrei hervor, daß der Wojwode Grawynski der geistige Führer des Aufständischenverbandes ist. Er hat bereits in seiner Rede vom 17. September 1928 die gesamte Ideologie des Aufständischenverbandes festgelegt und erklärt, daß Polen durch Waffentaten ein uraltes polnisches Plattenland (Oberschlesien) zurückerobern habe, während der Marschall Pilsudski selbst erklärt hat, es handle sich bei Oberschlesien um eine uralte deutsche Kolonie.

Dr. Curtius erklärte sodann mit erhobener Stimme, er lehne mit größter Entrüstung die Parallele zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Wojwoden Grawynski ab.

Derartige Vergleiche sind verwerflich. Es besteht eine alte Verpflichtung in allen Parlamenten, die Staatsoberhäupter nicht in die Debatte zu ziehen. Der Reichspräsident v. Hindenburg, dessen Gerechtigkeitssinn und Pflichtbewußtsein in der ganzen Welt bekannt sind, darf nicht mit dem polnischen Wojwoden Grawynski verglichen werden.

In bin durchaus bereit in Übereinstimmung mit dem polnischen Außenminister die gesamten politischen Hintergründe dieser Frage zu behandeln und werde hierbei eine Fülle von Einzelheiten über den Entdeutschungs-Prozess der polnischen Regierung geben können. Ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Minderheitenbestimmungen der Genfer Konvention anerkannt, ein Strafverfahren gegen die schuldigen Beamten eingeleitet hat und sich zum Ersatz des Schadens der geschädigten Angehörigen der deutschen Minderheit bereit erklärt. Von entscheidender Bedeutung ist aber jetzt für die deutsche Regierung, daß in Zukunft derartige Dinge unmöglich werden. In diesem Zusammenhang muß die Gesamtorganisation des Aufständischen-Verbandes behandelt werden. Die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundrates muß der deutschen Minderheit Gewähre geben, daß der Völkerbundrat der Dorn der Minderheiten ist.

#### Abchluss der Europa-Konferenz Die Schlusresolution

Genf, 21. Jan. Die zweite Europakonferenz hat heute ihre Arbeiten vollendet. Die nächste Tagung findet im Mai statt. Für die heutige Schlusfassung hatten die Außenminister von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien einen Vorschlag eingebracht, den Briand der Konferenz mit dem Hinweis vorlegte, es handle sich dabei um ein „Europäisches Manifest“. Der Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Wir haben in den letzten Tagen mehrfach die Probleme geprüft und besprochen, die sich unteren Regierungen stellen, und wir sind uns dabei klar geworden, daß eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in dem Mangel an Vertrauen in die Zukunft und in der Unruhe liegen, die über die politische Lage herrscht. Diese Unruhe ist vermehrt worden durch verschiedene von unverantwortlichen Kreisen verbreitete Gerüchte über die Möglichkeiten eines Weltkrieges. Wir erkennen an, daß augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch durch die Unbestimmtheit und die wirtschaftliche Notlage, die sich aus der allgemeinen Krise ergibt, vermehrt worden sind. Das Beste, was wir zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage tun können, ist, keinen Zweifel an dem Bestand des Friedens in Europa auskommen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Außenminister oder verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten erklären wir, daß wir mehr denn je entschlossen sind, uns des Mittels des



Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern.

Nach einem kurzen Dankeswort von Rotta und Denderfon und Briand und einem Dank Briands an Denderfon, erklärte der französische Außenminister die zweite Europa-Konferenz für geschlossen.

### Durchführungsbestimmungen zur Gehaltsföhrungsverordnung

Stuttgart, 20. Jan. Das Staatsministerium hat Durchführungsbestimmungen zur Gehaltsföhrungsverordnung erlassen, die in der neuesten Nummer des Regierungsblattes veröffentlicht werden. U. a. wird bestimmt: Die Vorschriften des Besoldungs- und Versorgungsrechts über die Höhe der Gehälter, des Wohnungsgeldes usw., über die Berechnung des Wartegeldes, Ruhegelds, Unfallruhegelds und der Hinterbliebenenbezüge werden durch die Gehaltsföhrungsverordnung nicht berührt. In Kürzen sind die nach geltendem Recht zu erhebenden Bezüge, soweit sie nicht von der Kürzung ausgenommen sind. Der Kürzung unterliegen die für die Zeit vom 1. Februar 1931 ab zuzurechnenden Bezüge ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Auszahlung. Vor dem 1. Februar 1931 anfallende Sterbengeldbezüge und Unfallruhebezüge werden jedoch auch insoweit nicht gekürzt, als sie für die Zeit nach dem 1. Januar 1931 werden nicht gekürzt. Nachzahlungen für Zeitabschnitte vor dem 1. Februar 1931 werden nicht gekürzt. Wartegelder, Ruhebezüge und Unfallruhebezüge werden aus künftig aus dem ungekürzten Versorgungsbehalten, Witwenversorgungsansprüchen aus dem ungekürzten Ruhegeld, Waisenversorgungsansprüchen aus dem ungekürzten Witwenversorgungsansprüchen oder dem ungekürzten Ruhegeld einer verstorbenen Beamtin berechnet. Die dienlich berechneten Wartegelder usw. werden um 6 v. D. gekürzt. Zu den zu kürzenden Versorgungsbezügen der Alt-Ruhegehaltsempfänger gehört auch der Rentenzuschlag. In den der Kürzung unterliegenden Dienstbezügen und Versorgungsbezügen gehören auch die laufenden Unterhaltungen und Zuwendungen, die versorgungsfähigen und die widerruflichen Zulagen, die Prämiengebühren, die Anteile an Unterrichtsgebühren und alle Zuschüsse an Professoren und sonstige Vorkräfte der Hochschulen, die Beihilfen an Privatdozenten, die Gebühren der Oberamtsärzte und Oberamtsstierärzte, die Gebühren der Bezirksnotare, die sie für sich in ihrer Eigenschaft als öffentliche Notare beziehen und die Bezüge der Personen im Vorbereitungsdienst- und Unterweisungsdienst. Der Kürzung unterliegen alle Nebenvergütungen, die aus der Staatskasse für Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen im Staatsdienst gezahlt werden, soweit sie nicht ausdrücklich als Erlös für bare Auslagen (Dienstaufwand) bezeichnet und der Einkommensteuerpflicht nicht unterworfen sind. Der Kürzung unterliegen nicht die Abmangelentschädigungen der Kassendirektoren und die einmaligen Besoldungen. Ob die Freigrenze überschritten ist, wird nicht für ein ganzes Kalender- oder Rechnungsjahr, sondern für jeden Zeitabschnitt besonders festgestellt. Für den eine Zahlung erfolgt, in der Regel also für einen Monat. Voraussetzung für die Kürzung ist jedoch, daß die Bezüge für das ganze Jahr berechnet, der Betrag von 1500 RM. übersteigen oder übersteigen würden. Zur Feststellung, ob die Freigrenze überschritten ist, sind alle kürzungspflichtigen Bezüge eines Empfängers zusammenzuzählen. Witwenversorgungsansprüche und Waisenversorgungsansprüche, diese für jedes bezugsberechtigende Kind besonders, sind getrennt zu behandeln. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenenversorgungsansprüche in der Unfallfürsorge. Beamte und Versorgungsbezieher, deren kürzungspflichtige Bezüge die Freigrenze übersteigen, sind mit der Gesamtsumme der kürzungspflichtigen Bezüge, nicht etwa mit der um 1500 RM. jährlich oder 126 RM. monatlich verminderten Summe zur Gehaltsföhrung heranzuziehen. Auf die Körperverletztenbeamten und ihre Hinterbliebenen finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung.

### Gehaltsföhrung in der evang. Landeskirche

Das neueste Amtsblatt des Evang. Oberkirchenrats veröffentlicht nunmehr die Auslassungen des händigen Ausschusses des Landeskirchenrates über die Gehaltsföhrung. Darin wird ab 1. Februar die Dienstbezüge der Mitglieder und

Beamten des Ev. Oberkirchenrats und der sonstigen landeskirchenratlichen Beamten, der Geistlichen und der Versorgungsbezieher von Ruhegehaltsempfängern um 6 v. D. gekürzt. Im übrigen wird die Kürzung in gleichem Umfang, mit denselben Ausnahmen und Begrenzungen wie auf staatlicher Seite durchgeführt. Auch der Kirchenpräsident hat in gleichem Umfang und für die gleiche Zeitdauer auf einen Teil seiner Dienstbezüge und seiner Dienstaufwandentschädigung verzichtet. Den Kirchenvereinen und Kirchenbezirken wird dringend nahegelegt, die Kürzung auch ihrer Beamten und Angestellten unter den oben genannten Ausnahmen und Abgrenzungen durchzuführen, besonders bei denen, die als vollbeschäftigt oder doch als überwiegend beschäftigt — hauptberuflich — angestellt und in eine Besoldungsgruppe eingereiht sind. Auch bei nebenamtlich angestellten Gehaltsbezieherinnen kommt eine Kürzung insoweit in Frage, als sie im Dienst einer öffentlichen Körperschaft stehen und ihre Bezüge aus Haupt- und Nebenamt den Betrag von 1500 RM. übersteigen.

### Bayerns Klage gegen das Reich

München, 21. Jan. Amtlich wird mitgeteilt, daß der bayerische Ministerpräsident, in dem außer Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei nur mehr ein deutschnationaler, Dr. Görtner, sitzt, heute einstimmig beschloß, die angeforderte Klage Bayerns wegen des Steuervereinfachungsgesetzes beim Reichsgerichtshof unverzüglich einzubringen. In Kreisen der Bayerischen Volkspartei, deren Landesausführung am Sonntag diesen Beschlusses folgte, hegte man immer noch die stille Hoffnung, daß die Regierung Brünning im letzten Augenblick einen vermittelnden Weg beschreite, um eine gültige Einigung zu ermöglichen, zumal das Gesetz ja erst 1932 in Kraft treten soll. In diesem Sinne sagt auch die „Augsburger Postzeitung: Man vollzieht keinen Versuch, bevor nicht die letzten Ausflüchte auf eine Verständigung geschwunden sind. Mit der Zurückziehung des Herrn Dr. Schögel aus dem Kabinett gerade im gegenwärtigen Augenblick würde für Deutschland innen- und außenpolitisch eine äußerst kritische Lage geschaffen. Eine solche herbeiführen, solange die Möglichkeit einer Verständigung besteht, kann die Bayerische Volkspartei einer der Reichs- und Bayerns willen nicht verantworten.

### Drohende Spaltung in der Wirtschaftspartei

Berlin, 21. Jan. Ein Berichterstatter glaubt für die nächsten Tage eine Spaltung der Wirtschaftspartei ankündigen zu können. Die Opposition gegen Dreuwig sei allenthalben gewachsen. Am 21. Januar, also am Freitag dieser Woche, würde auf Einladung des Landesverbandes Sachsen eine Konferenz in Dresden stattfinden, an der Vertreter Thüringens, des Rheinlandes, Hamburgs, Mecklenburgs und auch Vertreter Berlins teilnehmen sollen. Hier würde man beschließen, sich von der bisherigen Wirtschaftspartei abzumachen und eine neue Organisation zu schaffen, wofür nicht auf einem schlechten einberufenen Parteitag die bisherige Leitung der Partei samt und londers zurücktreten und die Partei selber völlig reorganisiert würde. Es ist wie ein Bräutigam zu dieser Konferenz, wenn in einer Zeitschrift an das „Mitt- und Abendblatt“ der Abgeordnete Collofer jetzt gegen Herrn Dreuwig in der Form von Fragen an ihn eine Reihe höchst grobverleumdender Vorwürfe erhebt. Unter anderem wird da gesagt, daß zu privaten Zwecken für Dreuwig vom Jahre 1927 ab aus der Parteikasse Gelder veranschlagt und seitdem nicht zurückbezahlt worden sind, daß ein Wechsel über 3000 Mark, ausgestellt auf einen Handwerker, der die Villa des Herrn Dreuwig gebaut hätte, aus der Parteikasse eingelöst, daß ebenso eine Möbelrechnung von über 2000 Mark für die innere Einrichtung der Villa aus Parteigeldern bezahlt worden sei. Außerdem hätte Herr Dreuwig für längere Zeit 800 Mark monatlich Entschädigung aus der Parteikasse bezogen. Collofer schließt seine Zeitschrift: „u. u. w. g.“ Um diese Antwort möchten wir eigentlich auch gebeten haben.

### Der Prozeß gegen den Goldmacher

München, 20. Jan. Im Prozeß gegen den Goldmacher Tausend wurde heute die Gründung der Studiengesellschaft Tausend erörtert. Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest,

daß die Summe der für die Studiengesellschaft eingezahlten Beträge zuletzt etwa 800 000 Mark betragen habe, was Tausend zugibt. Er gibt weiter zu, auf Grund der Zahlungen einen Betrag von 25 Prozent der Mitgliederbeiträge erhalten zu haben. Er habe zunächst 150 000 Mark und später noch einmal 100 000 Mark bekommen, zusammen also eine Viertelmillion. Der Verein wurde im Januar 1927 gegründet. Der Sitz war ursprünglich Frankfurt a. M., wurde aber später nach Freiberg i. Sa. verlegt.

### Ist Redlin nach der Schweiz geflüchtet?

Die Suche nach dem ungetreuen früheren Schatzmeister des Deutschen Sängerbundes.

Die Nachricht über die Flucht des früheren ungetreuen Schatzmeisters des Deutschen Sängerbundes, Redlin, hat in der deutschen Sängerverwelt berechtigtes Aufsehen erregt. Der Vorsitzende des DSB, Geheimrat Dr. Dammerschmidt-München, nahm alsbald Veranlassung, eine Unterredung mit dem Amtsvorsteher der Staatsanwaltschaft III des Landgerichts Berlin, Erster Staatsanwalt Kolbeck, herbeizuführen, über die sich Dr. Dammerschmidt wie folgt äußert: Zunächst wurde die Anfrage des Vorsitzenden Dr. Dammerschmidt, von wem die Freilassung Redlins vor der Hauptverhandlung verfügt worden sei, nach den Akten dahin beantwortet, daß das Landgericht den Antrag der Verteidigung, Redlin nach sechsmonatiger Untersuchungshaft freizulassen, unter der Bedingung angenommen hat, daß Redlin 10 000 Mark Bürgschaft leiste. Diese Bürgschaft wurde nicht geleistet. Die Verteidigung beantragte nun trotzdem wiederum die Freilassung. Das Landgericht lehnte sie ab, aber das Kammergericht verfügte nach dem Antrag der Verteidigung die Freilassung. Alsdann wurde an der Hand der Akten von dem Ersten Staatsanwalt folgende Entwicklung festgestellt: Am 9. 10. 30 war die Verurteilungsurteil. Bei Beginn derselben verlas der Vorsitzende einen Brief Redlins, in dem dieser die von ihm eingelegte Berufung zurückzog. Dadurch war das gegen Redlin in der Hauptverhandlung ausgesprochene Urteil in einem Jahr neun Monaten Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt war, rechtskräftig geworden. Am 17. 10. ging das Vollstreckungsersuchen an die Gefängnisverwaltung. Zugleich wurde Redlin aufgefördert, sich zur Abkündigung der Strafe binnen einer Woche einzufinden. Die Empfangsbekundigung hierüber vollzog am 20. 10. Redlin's Sohn. Da sich Redlin nicht stellte, wurde am 31. 10. Haftbefehl gegen ihn erlassen. Am 5. 11. wurde dieser Haftbefehl an die Vollzugsbehörde weitergeleitet. Am 7. 11. wurde Redlin von dem nachforschenden Vollzugsorgan in der Wohnung nicht angetroffen. Nach Ausfragen seines Sohnes befand er sich in einem Sanatorium in Bielefeld. Am 17. 11. wurde dort nachgefragt, ob die Angabe des Sohnes richtig sei. Unter dem 24. 11. erfolgte die Rückantwort, Redlin befände sich nicht im Sanatorium. Er habe zwar seinen Besuch angefangen, sei aber nicht gekommen. Am 18. 12. wurde der Haftbefehl erneuert, unter der Mitteilung, Redlin halte sich zur Zeit verborgen. Er dürfte sich aber über die Weihnachtsfeierstage bei seiner Familie aufhalten. Zugleich wurde Stockdorf gegen ihn erlassen. Am 19. 12. erklärte die Ehefrau Redlins in ihrer Wohnung einem Vollzugsorgan, daß sich Redlin Anfangs des Monats mit dem Bemerkten entfernt habe, daß er wegen seines Vermögens und seinen Kindern ein Sanatorium aufsuchen müsse. Er habe aber seitdem noch keine Mitteilung gegeben. Die Ehefrau wisse nicht, wo sich ihr Gatte zur Zeit aufhalte. Um den zahlreichen Anfragen in der Sängerverwelt, die dem DSB vorwerfen, nicht rechtzeitig zur Verhinderung der Flucht geeignete Schritte unternommen zu haben, zu begegnen, sei nachdrücklich hervorgehoben, daß Staatsanwalt Kolbeck Herrn Dr. Dammerschmidt ausdrücklich erklärte, der DSB habe, da er als Nebenkläger nicht zugelassen war, keinerlei Aufschluß über die Entwicklung der Dinge vor und nach dem Prozeß haben können. Die Sängerverwelt wird aufgefordert, irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß Redlin sich in der Schweiz befindet, dem Vorstand des DSB. bekanntzugeben, damit der Staatsanwalt eingreifen und Auslieferungsverhandlungen anbahnen kann. R.M.

### Inferate heben den Umsatz!

Wir ist eine recht einfache Lösung eingefallen, antwortete Jarosviki mit unbestimmter Rede. „Ich kann die Quittung mit Finte, die beim Kaufen unsichtbar wird, auf eine der leeren Seiten Ihres Papiers schreiben. Solche Schrift kann durch Erwärmen des Papiers mit voller Deutlichkeit wieder hervorgehen werden. Auf diese Art laufen wir fast gar keine Gefahr. Kein Mensch wird darauf verfallen, eine unsichtbare Schrift auf einer unbedruckten Seite des Papiers entwickeln zu wollen. — Nun gut, wenn also diese Dinge geordnet sind, können Sie sofort abfahren. In Bjelo Ostrovo geben Sie genau mit der Höchstmenge an irdischen Gütern, die einem gehorhamen Bürger des Sowjets zur Auswahl freigegeben hat über die Grenze. Ich glaube, das sind für die Personen zweitausend Rubel. Wenn Sie in Helsinki gut angekommen sind, bringen Sie Ihre Frau in einem Hotel unter, während Sie selbst nach einträglichem Ruhe nach Kottala, einem im Nordosten und ziemlich nahe an der Grenze gelegenen Dorf, weiterreisen. Die Reise dorthin ist recht beschwerlich. Der letzte Teil muß auf dem Herberücken zurückgelegt werden. In Kottala finden Sie den Bauer Mattis Kerulainen auf, dessen Hof ganz einsam am Waldende und unmittelbar an einem großen See liegt. Als meine Frau das erste Mal verheiratet war, ist seine Schwester eine Zeitlang bei ihr als Mädchen gewesen. Vor einigen Jahren verbrachten Olga und ich einen Sommer bei Kerulainen. In diesem Sommer besuchte ich ihn auf neue und zwar ganz unerwartet mit dem Flugzeug. Meine Maschine ist mit Schwimmern versehen und kann darum auf dem See vor seinem Hof landen. Später bin ich mehrfach dagesessen und zwar immer geschäftlich. Kerulainen ist also mein finnischer Helfer. Er ist die Zuverlässigkeit selbst und in seinen Forderungen sehr bescheiden. In unserem Falle kann es aber genau so schlaun sein, ihn nicht in die Sache zu verwickeln. Am vernünftigsten ist, wenn Sie ihn bei Ihrer Ankunft mit einer geringen Summe günstig zu stimmen suchen, von mir grüßen und sagen, daß Sie auf das Flugzeug warten. Dann sind Sie Kerulainen sicher willkommen. Aber hüten Sie sich vor seinem selbstgebrannten Schnaps. Der Genuß bringt gleiches Wesen in Lebensgefahr, nur nicht ihn selbst. Sie bleiben also bei Kerulainen, betreiben sich die Zeit mit Kartenlegen und genießen die Ruhe des Daseins, bis zu eines Tages mein Flugzeug über Ihrem Haupte fliegen hören. Den Rest können Sie sich ja selbst vorstellen. Aber Diamanten bekommen Sie zurück und die Quittung vernichten wir. Meine Vergütung möchte ich am liebsten in Diamanten bekommen, und ich habe sogar daran gedacht, Sie zu bitten, die Steine für mich nach Stockholm zu bringen und in meinen Stabfach der Entlastung Bank abzulegen. Sie sehen, ich schenke Ihnen volles Vertrauen.“ Unwillkürlich kam mir der Gedanke, daß das Vertrauen doch wohl ganz auf meiner Seite läge. Ich behielt es aber für mich, und nach einer halben Stunde waren wir einzig. Im Grund blieb mir ja auch nichts anderes übrig. (Fortf. folgt.)



Roman von Sven Heden.

### 4. Fortsetzung.

Der Wachhauptmann redete seinen eisernen Körper. „Ja, das würde denen gerade nützen,“ sagte er. „Kein Flugzeug würde mich daran hindern, in Finnland eine Notlandung vorzunehmen. Ich führe übrigens oft Gäste mit, denn ich bilde für das rote Meer Flieger aus. Ich bin dazu gezwungen, — aber auf Langoboten bin ich meistens allein. Es obliegt mir, Erkundungsfüge an die finnische Grenze und über die finnischen Wälder nördlich von Petrograd vorzunehmen, um zu sehen, ob die Finnen dort Truppen ansammeln. Oft bin ich weit über finnisches Gebiet hinausgefliegen, aber ich komme immer rechtzeitig zurück. Ich bin dazu gezwungen, Herr Sorin, man hält meine Frau als Geisel zurück.“

Jarosviki sah einen Augenblick stumm und in Gedanken verfunken. Er erinnerte sich an einen großen Raubvogel, der in der Gefangenschaft vor sich hinbrütete. Ich konnte nicht anders als Mitleid mit ihm haben. Aber was er erachtete, überraschte mich nicht besonders. Ich hatte schon früher gehört, daß die Bolschewisten Gefangen zurückhalten, wenn sie sich davon Nutzen versprechen. Und wollte man einen früheren Wachoffizier als Flieger behalten, dann hat dieses barbarische Mittel die einzige Sicherheit.

Es war, als ob Jarosviki meine Gedanken gelesen hätte. „Meine eigene Dummheit ist daran schuld, daß ich mich in diese Geschichte verwickelt habe,“ sagte er. „Freiwillig lassen sie mich jetzt nicht mehr los. Jedenfalls nicht, solange ihnen noch Flugzeugführer fehlen. — Am schlimmsten ist es, wenn ich oben in der Luft zu grübeln anfangen, was wohl meiner Frau geschieht, wenn ich abfliegen sollte.“

Ich suchte vergebens nach einer passenden Antwort, so daß uns für einen Augenblick ein dröhnendes Schweigen befiel.

Herr Jarosviki fuhr aber gleich in einem leichteren Ton fort: „Nun ja, vorläufig kommt es ja auf weiter nichts an, als daß ich mich bavor in acht nehme, herunterzukommen. Uebrigens habe ich das bestimmte Gefühl dessen, daß ich die Leute eines Tages doch noch anführe. Also, aus Geschick, meine Herren. Sie wollen wissen, ob ich im Schmuggeln hinreichend geübt sei. In der Beziehung können Sie sich beruhigt fühlen. Ich kann Millionen aus dem Lande schmuggeln, nur nicht mich selbst. Als Schmuggler bin ich in jeder Beziehung erstklassig.“

„Aber werden Sie vor dem Abflug nicht untersucht?“

„Ja, selbstverständlich hat die Polizei ihre Spitzel auf dem Flugplatz und beim Abflug werden sowohl Flugplatz als auch Flieger untersucht. Aber natürlich kann man uns die Spione nicht am Rücken festheften. Ich arbeite doch auch gelegentlich an der Verbesserung des Flugzeuges in der Flughalle und lorge immer dafür, daß ich meine Sachen rechtzeitig, oft sogar mehrere Tage vor dem Abflug, in einem geheimen Fach im Flugzeug verberge.“

„Ein geheimes Fach im Flugzeug?“ — „Ja, eben, ich habe ein geheimes Fach eingebaut, aber mehr bekommen Sie darüber nicht zu hören. Ich erzähle Ihnen nun auch nicht gerade alles. Stellen Sie sich vor, daß Sie verhaftet werden, zurzeit erleidet man hier in Kande so etwas als ziemlich schnell, und daß Sie in Ihrer Angst alles eingestehen. Ich habe dann noch allerdings eine Rettungsmöglichkeit, indem ich behaupte, die ganze Schmuggelgeschichte sei von Ihnen blank aus der Luft gegriffen. Solange man in meinem Flugzeug das geheime Fach nicht findet, gibt es mir gegenüber keinen Beweis.“

Ich mußte dem Wanne recht geben, und wenn ich ihm nun schon Verlassen im Betrag von einer Million Dollar überließ, konnte ich ihm auch gleich volles Vertrauen schenken. Ich fragte darum nur: „Wer nimmt die Sachen in Finnland entgegen?“

Jetzt gab Silberschwanz Antwort: „Hauptmann Jarosviki hat bis jetzt mit einem Finnen zusammengearbeitet. Aber ich empfehle, die Sache diesmal auf eine andere Art zu ordnen. Sie können Ihre Diamanten in Finnland ja selbst in Empfang nehmen, Herr Sorin. Sie haben ja jetzt für sich und Ihre Frau einen Auslandspaß.“

„Ja, unsere Reisepässe sind in Ordnung,“ antwortete ich schnell, Silberschwanzs Vorschlag sagte mir bedeutend besser zu, als der Gedanke, daß sich ein wildtrotzender Finne mit der Sache befassen sollte.

„Und wann wollen Sie reisen?“ fragte Jarosviki.

„So schnell wie möglich.“

Ausgewaschen, vorausgesetzt, daß wir jetzt einig werden, schlage ich vor, daß wir uns folgendermaßen einrichten: Auf Ihrer Durchfahrt durch Petrograd überlassen Sie mir Ihre Diamanten und fahren ins Ausland weiter. Als Geschäftsmann wünschen Sie natürlich eine Quittung zu bekommen. Ein Offizier würde sich mit meinem Ehrenwort begnügt haben.“

„Selbstverständlich muß Herr Sorin eine Quittung bekommen,“ warf Silberschwanz entscheidend ein.

„Das war auch meine Absicht,“ antwortete Jarosviki ruhig. „Ich habe darum erwogen, wie man das am besten einrichtet, so daß die Quittung keinen Schaden tun kann, beispielsweise wenn sie an der Grenze bei der Zollunteruchung in Herrn Sorins Brieftasche gefunden werden sollte.“

„Sie haben recht,“ antwortete ich, „das ist eine sehr ernste Sache der Angelegenheit, an die ich gar nicht gedacht habe.“



## Aus Stadt und Bezirk.

Der Herr Staatspräsident hat den Bezirksnotar Herrmann in Wildbad seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Der Herr Staatspräsident hat eine Studienratsstelle an der Realschule in Wildbad dem Studienrat Dr. Klemm an dem Realgymnasium und der Oberrealschule mit städtischen Oberklassen in Albersbach unter Beförderung in Bes. Nr. 4a übertragen.

**Neuenbürg.** (Stadttratsung am 30. Januar.) In Gegenwart der Herren Architekt Kest und Baumeister Geiger wird über die Bebauungsplanentwürfe für die Wiese beim Malenplatz beraten. Bei vollständiger Erschließung wären von der Stadt schon jetzt erhebliche Aufwendungen für Straßenanlagen, Kanalisation und Wasserleitungsvermehrung zu machen. Der Gemeinderat wünscht deshalb in erster Linie die Bebauung der freien Plätze bei der Siedlung Jägerberg. Soweit der Bedarf an Bauplätzen hierdurch nicht gedeckt wird, läßt man auch noch die Bebauung der Wiese nach dem vom Gemeinderat festgesetzten Richtlinien in Frage. Um die Sache vorwärts zu bringen, soll mit den Beteiligten in Eile verhandelt werden. Bezüglich der Bauplätze steht der Gemeinderat davon aus, daß die Selbstkosten der Stadt mit etwa 2 M. pro Quadratmeter durchschnittlich (nach Abzug der Straßensflächen) gedeckt werden müßte. Eine weitere Bauplätzeangelegenheit wurde ebenfalls der Klärung zugeführt.

Einige kleinere Verwaltungsgegenstände und eine Grundstücksabgabe bildeten den Schluß der Sitzung.

**Neuenbürg.** 20. Jan. (Aus der Bezirksratsung vom 16. Jan.) Das Bezirkswohlfahrtsamt ist ermächtigt worden, die Erholungsstätte für schwächere und kranke Kinder in diesem Jahre in demselben Umfang wie in den letzten Jahren durchzuführen. Die Bezüge der Beamten und Angestellten der Amtsdienstverhältnisse werden mit Wirkung vom 1. Februar 1934 an in gleichem Umfang wie die Bezüge der Beamten und Angestellten des Reiches und der Länder gefügt. — Auf eine baldige Durchführung des als Notstandsarbeit anzuführenden Bauteils II der Kleinstzellerstraße soll kräftig hingewirkt werden. — Außerdem wurden nach einer Reihe von Verwaltungsgegenständen behandelt.

(Wetterbericht.) Hochdruckgebiete befinden sich über Skandinavien und Frankreich, bei Island zeigt sich eine starke Depression. Für Freitag und Samstag ist immer noch mehrschichtig bedecktes, aber trockenes Wetter zu erwarten.

**Birnenfeld.** 21. Jan. (Aus dem Gemeinderat.) Die abgeschlossene und zur Prüfung vorzulegende Rechnung 1928 wurde dem Gemeinderat zur Einsicht und Genehmigung vorgelegt. — Der Kassier des früheren Aronensanweilens, Gerber, hat um Wirtschafsfunktionen nachgesucht. Der Gemeinderat sprach sich übereinstimmend dahin aus, daß für den obersten Ortsteil die Bedürfnisfrage für eine Wirtschaft bejaht werden könne und befragte das Geschäft. — Die Wohnung der verstorbenen Frau Stumpf in der Kleinstzellerstraße wurde der Familie Arn angewiesen. — Zur Durchführung der Speisefälle, die von der Gemeinde für bedürftige Gemeindeglieder eingerichtet werden soll, hat sich die Schulverwaltung hier in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Die Unterrichtsstände der Hauswirtschaftsschule werden so gelegt, daß die zur Durchführung der Speisefälle erforderliche Zeit an Vormittagen zu diesem Zweck zur Verfügung steht. Die Oberaufsicht über die Speisefälle wird die Hauswirtschaftslehrerin, Fraulein Becker, übernehmen und leitet dabei im Interesse der Sache freiwillige Mehrarbeit. Vom Arbeitsamt werden vorerst 7 erwerbsfähige Mädchen bestimmt, die verpflichtet sind, an der Speisefälle mitzuhelfen. Es soll für sie gleichzeitig ein Kostkurs sein. Zur Durchführung der ganzen Speisefälle sollten sich noch einige Frauen freiwillig zur Verfügung stellen, die geeignet sind, neben der Hauswirtschaftslehrerin, Fraulein Becker, dem ganzen Hochbetrieb vorzustehen. Es kann für eine solche Frau unter Umständen auch eine kleine Entschädigung für diese Arbeit in Frage kommen. Frauen, die sich für die vorgenannte Sache eignen und die Liebe und Beruhigung dafür haben, werden gebeten, sich am Rathaus anmelden zu wollen. Die Anmeldungen zum Holzbezug und zur Teilnahme an der Speisefälle sollten die spätestens Donnerstag auf der Polizeiwache gemacht werden. — Eine Reihe von weiteren Angelegenheiten wurden in nichtöffentlicher Sitzung erledigt.

**Birnenfeld.** 21. Jan. Auf der Siedlung Altsiedlung, welche vom 2. bis 6. Januar in Dellbrunn stattfand, haben einige Mitglieder des Gesängers- und Kantinen-Jugendvereins Birnenfeld einen schönen Erfolg errungen. Es erhielten: H. K. u. m. c. l. auf einen 1. und 2. Preis, B. u. d. o. t. e. n. auf einen 3. Preis, E. S. a. h. e. r. g. e. r. auf einen 4. Preis und einen Ehrenpreis, welche Italiener; H. S. a. n. z. h. o. r. n. auf einen 5. Preis und den Leistungspreis auf redbühnenwürdige Italiener.

**Kornwesten.** 21. Jan. Letzten Sonntag hielt der Turnverein seine jährliche Generalversammlung im Lokal „Sonne“ ab, welche gut besucht war. Vorstand Paul K. o. n. e. n. m. a. n. begrüßte die Mitglieder, warf einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, wobei auch der Turnbetrieb nicht unberührt blieb, welcher erfreulicherweise als sehr reger zu bezeichnen ist. Außerdem übergab er dem Kassier und dem Schriftführer zur Verlesung ihrer Berichte das Wort, welche beide sehr zufriedenstellend ihres Amtes walteten. Über den Punkt Neuwahlen kam man dieses Jahr sehr leicht hinweg, da sich die Verwaltung durch Juras wieder wählen ließ und somit alles beim Alten bleibt. Als erfreuliche Tatsache ist zu berichten, daß unter letztjähriger Riegenführer Ernst B. a. u. e. r. s. als 1. Turnwart aufstellen ließ und auch von der Versammlung einstimmig gewählt wurde. Möge die stark anwachsende Turnerei ihren neuen Führer und auch dem neben ihm stehenden eifrigen Jagungsleiter W. a. u. p. p. dadurch ihre Amt erleichtern, daß sie sich jederzeit ihren Anordnungen willig unterwerfen. Bei Punkt Verschiedenes wurde neben einigen kleineren Sachen auch eine wichtige Angelegenheit behandelt und eine Keilspartasse gegründet für das Deutsche Turnfest in Stuttgart. Es ist dies umso erfreulicher, als sich hauptsächlich unsere älteren Mitglieder sehr stark für die Sache interessieren, ein starker Beweis, daß auch bei ihnen die Liebe zur deutschen Turnerei in ihrem Innern noch weiterglüht. Eine freundliche Aufgabe dürfte der Vorstand ausüben, paß es hoch, unser Mitglied Jakob K. a. a. g. für fünfundsiebenzigjährige Mitgliedschaft zum Ehrenmitglied zu ernennen. Einem von den jüngeren Mitgliedern gestellter Antrag, in absehbarer Zeit eine Handballmannschaft zu gründen, wurde stattgegeben. Unser aller Wunsch ist, die Leute möchten sich sehr bald zusammenfinden zu der schönen Sache und damit ihr Worte in die Tat umsetzen. Um 1/2 Uhr war die Tagesordnung erledigt und der Vorstand schloß die Versammlung.

**Schömberg.** 21. Jan. Um die Weihnachtszeit und auch noch zu Beginn des neuen Jahres ist im Vereinsleben immer viel Wärme am Werk den Mitgliedern frohe Stunden zu bereiten, die wieder Kraft geben sollen die Härten und Schwere des gegenwärtigen Lebens leichter zu tragen. Am 7. Dezember hatte der Kriegerverein zusammen mit der Schützenabteilung, am 21. Dezember der Gesangsverein „Germania“ im Löwencafé ihren winterlichen Festabend mit theatralischen und gesungenen Darbietungen

und Gabenverlosung. Auch die Bevölkerungsstatistik des vergangenen Jahres zeigte wieder wie stark die Ströme des Lebens sind. Gestraft wurden 1930 aus unserem Kirchspiel (Schömberg, Schwarzenberg, Bieselsberg, Oberlingenhardt und Jägersloch genau gleichviel Kinder wie 1929, nämlich 45, 21 Anaben und 22 Mädchen. 12 davon sind in Forzheim und Neuenbürg geboren. Die Konfirmation zeigte wieder einen schwachen Kriegsjahrgang mit 24 Konfirmanden. Gestraft wurden 15 Paare. Erfreulich ist die geringe Zahl der Begräbnisse, 23 gegen 26 im Jahre 1929, die nicht nur auf eine geringere Zahl von Kurzweberbegräbnissen, sondern vor allem auf eine kleinere Zahl von Sterbefällen in der Gesamtgemeinde zurückzuführen ist. — Schwer drückt die Arbeitslosigkeit, besonders der Forzheimer Industrie. Nach Eintritt geeigneter Witterung soll den ausgebeuteten Arbeitlosen von der Gemeinde Arbeit gegeben werden. Beim Arbeitsamt Forzheim wurde wiederholt die Errichtung einer Fabrik in Schömberg beantragt. Die durch Tod des bisherigen Inhabers erledigte Schumann-Fabrik wurde bis zur endgültigen und möglichen Befreiung provisorisch durch Friedrich Stoll, Schneider, besetzt, der bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Für Fleischbeschau wurde als Stellvertreter Friedrich Kentschler (Kangenschwand) aufgestellt. — Am 1. Februar tritt bei allen Beamten und Angestellten der Gemeinde, deren Einkommen jährlich 1500 M. beträgt, eine Kürzung in Höhe von 6 Prozent ein. — Aus dem kirchlichen Leben seien noch die Vorträge von Stadtmismissionsinspektor Kiefler aus Forzheim, früher in Hamburg, erwähnt, der in Bieselsberg über „Aus der Arbeit der Inneren Mission in der Großstadt“, in Schömberg in der Kirche über „Gottes Wirklichkeit in dunkler Zeit“ einige eindrucksvolle Bilder aus seinen Erlebnissen in vierjährig russisch-sibirischer Gefangenschaft zeigte, die all die Rot und die Entbehrungen zeigten, denen unsere Kriegs- und Zwangsgefangenen im Jarenreide und im Sibirienhaft preisgegeben waren. Die vergangenes Jahr hielt Organist Emanuel B. o. w. o. t. a. j. im Auftrage des Johann Sebastian Bach-Vereins e. V. in München im Pfarrhaus auch dieses Jahr wieder eine Bachfeierkunde. Es wurden vornehmlich Klavierwerke des Meisters nach Auswahl und Anordnung so vorgetragen, daß alle Zuhörer, auch Jugendliche und Kinderbegabte, einen tiefen Eindruck gewinnen konnten von der Großartigkeit des Bachschen Schaffens. Wochentags doch diese Bachfeierstunden, die mit dem Begriff Konzertfähigkeit so gut wie gar nichts gemein haben — man könnte sie besser Bach-Mission heißen — allerorts Eingang finden, zumal es völlig gleichgültig ist, ob die Feierstunden von vielen oder wenigen Menschen besucht werden, ob die Geldeinnahmen groß oder klein sind. Hauptsache ist es, daß die Arbeit an recht vielen Stellen geleistet wird und daß damit vor allem solche Menschen zu ihrem Rechte kommen, die nach etwas Erstem Verlangen tragen. Honorarforderung wird grundsätzlich nicht gestellt. Fremdbildende Menschen, welche von dem Anerkennen Gebrauch machen wollen, werden sich an obigen Verein in München, Schwanterstraße 10.

## Württemberg.

**Stuttgart.** 21. Jan. (Die Flucht aus dem Leben — Eine Mutter erstickt ihr Kind.) In Cannstatt in der Ahrlestraße spielte sich am Dienstag eine bedauerliche Tragödie ab. Eine alleinstehende Dame, die wie das Stuttgarter Neue Tagblatt hört, zu Scherzhaft neigte, erschlug ihr zwölfjähriges Kind, ihres Hund und sich selbst. Die Schüsse waren tödlich. — Ein junger Student in der Kornbergstraße, der von einem Ehrentag bestraft worden war, nahm sich die Sache offenbar so zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machte.

**Stuttgart.** 21. Jan. (Mord und Selbstmord.) In einem Hause der Forststraße hat gestern abend der im 4. Stock in kinderloser Ehe wohnende Kaufmann Siegel zunächst zwei Schüsse auf seine Frau und dann einen Schuß auf sich selbst abgegeben. Die Schüsse wurden gehört. Man drang deshalb in die Wohnung ein und fand den Mann tot, die Frau lebend. Sie hatte einen Schuß in die Brust und einen in den Kopf erhalten. Letzterer wirkte alsbald tödlich. Der Mann hatte sich in die Schäfte geschossen und war sofort tot zusammengebrochen. Dem Vernehmen nach soll es zwischen dem Ehepaar, das wirtschaftliche Not nicht brüdete, öfters Streitigkeiten gegeben haben und man nimmt an, daß die blutige Tat nach einem solchen Streit erfolgt ist.

**Reichartshausen.** 21. Jan. (Arbeitsbeschaffung.) Am Montag war eine Abordnung von Erwerbslosen auf dem Oberamt, um wegen der Beschaffung von Arbeit, namentlich aber wegen der rascheren Durchführung von in Aussicht genommenen Arbeiten, Vorstellung zu erheben. In Würdigung der besonderen Notlage hat der Oberamtsvorstand nach Anhörung der zuständigen amtskörperlichen Dienststellen angeordnet, daß die an anderer Stelle ausgenommenen Planarbeiten eingestellt und die Pläne für Erbreitung der Amtskörperlichkeitsstraße Reichartshausen-Bismarckstraße alsbald fertiggestellt werden. Es darf gehofft werden, daß der Bezirksrat in seiner nächsten Sitzung der Ausführung des Planes zustimmt und es so ermöglicht, der größten Notlage der Erwerbslosen der Stadt Reichartshausen zu bergehen.

**Leinfelden.** 21. Jan. (Von Totendelien schwer brimsacht.) Beim Hüllbrunnen Viehmarkt am 14. Januar, wurden dem Landwirt Volentin Hammerer 840 Mark mit der Befreiung aus der Reichssteuer gestiftet.

**Von der bayerischen Grenze.** 21. Jan. (Man muß sich nur zu helfen wissen.) Ein Geflügelzüchter in einem schwäbisch-bayerischen Dorfe kam auf die Idee, den Lippenstift bei seinen alten Hühnern, deren verrottete Kämme das hohe Lebensalter verrieten, anzuwenden. Der Schlammer fachte mit Hilfe des Lippenstiftes seiner Tochter die Kämme in ein lebhaftes Rot und siehe da, im Handumdrehen fanden sich auf dem Markt Liebhaber für die bisher verschmähten Hühner.

## Baden.

**Karlsruhe.** 21. Jan. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am Dienstag vormittag 9 Uhr das Wiederaufnahmeverfahren im Giftmordprozess Werner-Märkle gegen die Mitangeklagte Frau Luise Märkle. Der Giftmordprozess hat bekanntlich im Mai v. J. das größte Interesse in der Öffentlichkeit gefunden. Während der wegen Nordsee angeklagte Kriminalkommissar Werner vom Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, sprachen die Geschworenen die Mitangeklagte Luise Märkle aus Mangel an Beweisen frei. Werner hat, wie erinnerlich, seine Frau durch Verabreichung von Gift beseitigt, während Frau Märkle beschuldigt wird, durch Beschaffung des Giftes Mithilfe geleistet zu haben. Die Tat selbst kam erst ein Jahr nach dem Tode von Frau Werner ans Tageslicht. Vom Reichsgericht wurde auf die eingeleitete Revision der Staatsanwaltschaft das erstinstanzliche Urteil gegen Frau Märkle aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht Karlsruhe zurückverwiesen. Das Interesse für diesen Prozess ist weitestgehend größer, als für den Giftmordprozess im Mai v. J. Mehr als tausend Karten waren bis zu Beginn der Verhandlung verlangt, da der Zutritt zum Verhandlungssaal nur mit Karten möglich ist. Schon in den frühesten Morgenstunden umfanden Neugierige das Gerichtsgebäude, dessen Zugänge von Polizeibeamten bewacht werden.

## Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

**Karlsruhe.** 19. Jan. (Viehmarkt.) Gesamtzufuhr 1737 Stück, wovon 23 Ochsen, 56 Bullen, 52 Kühe, 142 Färsen, 71 Kälber und 1393 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 30—51 Bullen 30—48, Kühe 11—29, Färsen 40—54, Kälber 48—70, Schweine 54—63, Sauen 40—50. Bester Preis wurde über Notiz bezahlt. Ver-

lauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand bei Kälbern gedumt.

Die Preise gelten für nichtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab: Stall für Frucht, Markt- und Verkaufslofen, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

## 11. Deutsches Sängerefest 1932

**Frankfurt a. M.** 21. Jan. Unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Dammerschmidt-München tagte am 17. und 18. Januar in Frankfurt der Gesamtausschuß des Deutschen Sängerbundes, um u. a. über die Gestaltung des 11. Deutschen Sängerbundesfestes im Jahre 1932 in Frankfurt a. M. endgültige Entschlüsse zu fassen. Das Begrüßungsgesamt, dessen Vortragsfolge noch einige Veränderungen erfahren, ist bereits bekannt. Der vom Ausschuss des Deutschen Sängerbundes in mehreren Sitzungen ausgearbeitete Konzertplan steht ferner 3 Hauptaufführungen vor, die unter der Leitung der Herren Professor Fritz Gamble-Frankfurt a. M. (erste Aufführung), Musikdirektor Rudolf Hoffmann-Bochum (zweite Aufführung), Prof. W. Keldorfer-Wien und Prof. Gust. Wohlgenuth-Weizsig (dritte Aufführung) stehen. Die Vortragsfolge dieser Hauptaufführungen betonen den Willen, dem neuzeitlichen Chorschaffen in hervorragender Weise Rechnung zu tragen und zeigen eine durchaus künstlerische Linie. Aus den seinerzeit vom Deutschen Sängerbund erlassenen Ausschreibungen für neue Kompositionen von Goethegedichten (bekanntlich sind hierfür annähernd 1000 Werke eingereicht worden) wurden für diese drei Hauptaufführungen die Werke von folgenden Komponisten ausgewählt: Wilhelm Knöchel („Kopftides Lied“, Ob, gehörde meinen Winken); Kurt Vilmann („Freier Gedanken, bängliches Schwanen“); Walter Kreis („Türmerlied“); Alfred Schubert („An den Mond“); Otto Jochum („Das alte Lied“); Rudolf Werner-Frankfurt a. M. (Ritz); Rich. Trumf („Freud und froh“). Außerdem sind an Chorwerken mit Orchester vorgesehen: W. A. Mozart (Dir. Seele des Weltalls); A. von Ottergraben (Lob Gottes); Joseph Marx (Rosengefang); Gg. Schubmann (Wortete; Wadet auf ruft uns die Stimme); Max Egger (Balmsonntagmorgen). Ferner volkstümliche A. capella-Chöre von: Groos (Freiheit, die ich meine); Friedrich Aulau (Leber allen Waiseln ist Ruh); Anselm Weber (Wanderers Nachtlied); Selmar Berner (Weidenröslein); Franz List (Soldatenlied); Dahnner (Drei Lilien). In jedem dieser Konzerte werden noch Darbietungen von je zwei Einzelbänden eingefügt. Neben diesen Hauptaufführungen kommen eine große Anzahl von Sonderkonzerten zur Durchführung, deren Vortragsfolge ebenfalls auf hoher künstlerischer Stufe steht und deren Einzelheiten später bekannt gegeben werden. Den Schluß der musikalischen Darbietungen bildet eine gewaltige Kundgebung aller am Feste beteiligten Sänger im Frankfurter Stadion unter der Leitung des Vorsitzenden des Musikauschusses des Deutschen Sängerbundes, Dr. Robert Lange-Kassel. Mit dem Deutschen Sängerbundesfest ist ein Volksdeutscher Tag verbunden, der vom „Volksdeutschen Arbeitskreis“ veranstaltet wird und eine akademische Feier in der Festhalle vorstellt, die alle ausländischen Sänger und Persönlichkeiten vereinigt und die ebenfalls von chorgeringlichen Darbietungen umrahmt sein wird. Die Teilnehmer an dem volksdeutschen Tag werden auch eine besondere Gruppe im Festzug bilden, der den imposanten Abschluß der Sängerbereichs in Frankfurt a. M. bildet und zu dem auch die akademischen Sängerschaften eine harte Beteiligung zugelegt haben. Das übrige Festprogramm sieht ferner Kundgebungen am Rhein usw. vor.

## Neueste Nachrichten.

**Stuttgart.** 21. Jan. Abg. Winkler (S) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Die Bildhinger Straße bei Horb, im Volksmund die „Lobessteige“ genannt, sollte so rasch als möglich umgebaut werden, um die großen Gefahren für den Verkehr zu beseitigen. Die Stadtgemeinde Horb hat das Ihrige hierzu getan, indem sie das Notwendige Anwesen erworben hat. Es liegt nun beim Staat, mit dem Straßenumbau endlich zu beginnen. Da in der Stadt eine größere Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so könnten diese Arbeitskräfte beim Straßenbau verwendet werden. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, die Arbeiten an der Bildhinger Steige noch in diesem Frühjahr vornehmen zu lassen?“

**Schwemmungen.** 21. Jan. Wie der Rechardquelle noch gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, scheint diesmal der Zusammenstoß der Schwemminger und Schramberger Gruppen bevorzugen. Die jüngsten Bestrebungen in dieser Richtung dauern nun bald fünf Jahre. Der Zusammenstoß betrifft die Firmen Langhans, Alenzle, Hamburg-Amerikanische, Nauche, Freiburg und Haller.

**Schwemmungen.** 21. Jan. Montag abend nahmen die im Deutschen Metallarbeiter-Berband organisierten Ehrenarbeiter zu dem Ergehen der am letzten Donnerstag in Donaueschingen festgestellten Lohnverhandlungen Stellung. Die Abstimmung, die sich an die Aussprache angeschlossen, ergab einstimmige Ablehnung des Lohnabbauforschlags.

**Karlsruhe.** 21. Jan. Staatspräsident Willebrand, der gestern abend einer österreichischen Veranstaltung der katholischen Jugend beigestimmt hatte, wurde auf dem Heimweg gegen 11 Uhr in der Karl-Friedrichstraße von etwa 20 jungen Leuten umringt und durch Jurelle bedrängt. Die Belästigungen setzten sich von der Kaiser- bis zur Bachstraße fort.

**Selbberg.** 21. Jan. Die vom babilischen Kultusministerium verfügte Auflösung des Allgemeinen Studentenausschusses (Ala) war die Veranlassung zu einer Kundgebung, die heute nachmittag auf dem Universitätsplatz stattfand. An der Versammlung, die vom Aktionsausschuß der Nationalen Studentenschaft einberufen wurde, nahmen etwa 100 Studenten teil, die gegen die Auflösung des Ala protestierten. Mit Rücksicht darauf, daß Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind, sah sich die Polizeibehörde veranlaßt, gegen die Demonstranten einzuschreiten und den Weg von der Menge zu räumen, wobei es zu lebhaften Zusammenstößen kam. Im Anschluß an die Kundgebung fand bei dem Rektor der Universität eine Besprechung mit den Vertretern des Akademischen Ausschusses statt.

**München.** 21. Jan. Die Leichen der sieben tödlich verunglückten Landespolizisten, die mit Schützen nach Ungarns gebracht wurden, wiesen äußerlich kaum eine Verletzung auf. Nur bei einem der Verunglückten wurde ein Beinbruch festgestellt. So ist wohl anzunehmen, daß die Verunglückten zwischen den Schneemassen erstickt sind. Die Bergung der ersten Toten erfolgte gegen 1/2 Uhr. Vier Mann wurden zwischen 3 und 4 Uhr geborgen. Erst gegen 1/2 Uhr gelang es den letzten Toten zu finden. Die Schneemassen, die auf den Verunglückten lagen, waren teilweise drei bis fünf Meter tief. Das Befinden des verletzten Wachtmeisters Mölle ist als ernst zu bezeichnen. Durch besondere Umstände wurde ein Landespolizist vor dem sicheren Tode bewahrt, er mußte auf der Hütte zurückbleiben, da seine Hofe zertrümmert war. Ebenso entging auch ein Leutnant dem sicheren Tode, der noch einmal umgeholt war, um seinen Photographenapparat zu holen. Die Rettungsarbeiten wurden durch den Umstand sehr erschwert, daß auf der Landespolizeihütte weder Schaufeln noch Pickeln vorhanden waren. Die Bergung der Toten findet in München statt.

**Berlin.** 21. Jan. Die Pressemeldungen über angelegliche Kreditbesprechungen zwischen Brand und Dr. Curtius werden von unterrichteter Stelle für unrichtig erklärt. Die beiden Staatsmänner hätten lediglich die Fragen erörtert, die zur Zeit in Gese aufstehen.

**Berlin.** 21. Jan. Die immer wieder in verschiedenen Blättern auftretenden Meldungen über eine Erhöhung der Beamtenabzüge auf 10 Prozent des Gehaltes werden von zuständiger Stelle erneut als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

**Oppeln.** 21. Jan. Zu den Blättermeldungen, wonach in der Nähe von Hybnik eine an der Grenze liegende polnische Infanterieabteilung die Grenze überschritten hat, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Grenzüberbrechung tatsächlich stattgefunden hat, daß

aber die Truppe, als sie von einem deutschen Zollbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie sich auf deutschem Territorium befinden, sich sofort auf polnisches Territorium zurückbegeben hat.

London, 21. Jan. Im Unterhause blieb heute die Regierung bei der Abstimmung über einen Nachtrag zum Schulgesetz mit 33 Stimmen in der Minderheit. Ministerpräsident MacDonald gab hierauf bekannt, daß das Kabinett der Angelegenheit keine entscheidende Bedeutung beimesse.

**Sängerhumor**

Schon dreimal probt der Chormeister die Stelle; doch noch

immer finst Vetschmann aus Dresden statt des in der Partitur vorgezeichneten „As“ ein „A“. — Singen Sie doch endlich einmal richtig „A!“, ruft der Chormeister dem konsequenten Sänger zu und läßt wiederholen. Vetschmann singt „A“. — Da wirds dem Probelleiter endlich zu dumm. „Aaaaaah!“ drückt er mit der Stimme eines wütenden Löwen. — „Wir gehen Sie nicht beleidigen!“ lacht der Sachse überlegen. Und singt wieder „A“....

Märchen. Die kleine Hilda wacht nachts um 2 Uhr auf und bittet ihre Mutter, ihr ein Märchen zu erzählen. — „Dazu ist es zu spät“, sagte die Mutter. „aber warte, bald kommt der

Lapa aus der Probe nach Hause, der wird uns schon ein Märchen erzählen.“

Umgeschrieben. Ich erwarte Sie heute abend, Herr Kollege. Zuerst wird meine Frau singen, meine Tochter begleitet sie am Klavier, und um 9 Uhr essen wir dann.“ — „Danke. Ich werde punkt 9 Uhr bei Ihnen sein!“

Das doppelte Jubiläum. Festredner: „Wir feiern eigentlich ein doppeltes Jubiläum, hochverehrte Zuhörer. Zehn Jahre gehört unser Freund dem Gefangenenverein an und gerade fünf Jahre ist er heute seine Vereinsbeiträge schuldig.“

# Die letzten Tage in unserem Inventur-Ausverkauf

**bieten noch alle Vorteile! Benützen Sie dieselben!**  
**Es ist die beste Kauf- und Spargelegenheit im Jahre!**

**Krüger & Wolff**  
Pforzheim

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion

## Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Moosbrunn belegenen, im Grundbuch von Bernbach, Heft 97, Abteilung I Nr. 6 und 7, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen von

1. **Josefine Luise Kubon**, geb. Binz, Witwe des Josef Kubon, Gastwirts in Moosbrunn,
2. **Friedrich Kubon** in Moosbrunn, geb. am 12. März 1908 in Erbengemeinschaft

eingetragene Grundstücke:

Gemeinderätliche Schätzung vom 15. Januar 1931:

Parz. Nr. 1606: Acker, alte neue Acker 23 a 45 qm —: 500.— RM.  
Parz. Nr. 1617: Acker in der Hessel im Goldloch, 31 a 93 qm —: 400.— RM.

am Dienstag den 17. März 1931, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathause in Bernbach versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Januar 1931 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Herrenalb, den 21. Januar 1931.  
Kommissär: Bezirksnotar Kemmler.

## Zwangsversteigerung.

Im Zwangswege wird am 24. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, in Herrenalb

- 1 Grammophon

öffentlich gegen Barzahlung versteigert.  
Zusammenkunft beim Rathaus.  
Gerichtsvollzieher Reidel.

## Obstbau-Berein Birkenfeld.

Sonntag den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr.

## Generalversammlung

mit Gabenverlosung in der „Schönen Aussicht“, wozu herzlich einladet

der Vorstand.

## Wirt. Schwarzwaldverein Ortsgruppe Birkenfeld.

Wir laden unsere Mitglieder zu der am kommenden Samstag, abends 8 Uhr in der „Schönen Aussicht“ stattfindenden

## General-Versammlung

freundl. ein und bitten um vollzähliges Erscheinen. Auch die zur Jungchar zählende Jugend ist herzl. willkommen.

Anschließend gemütliches Beisammensein. Ausgabe der Wanderpläne und Wanderprämien. Lichtbild-Vorführung unter Verwendung vieler auf den Wanderungen gemachten photogr. Aufnahmen.

Die Verwaltung.

## Boranzzeige!

Am 8. Februar

großer öffentlicher

## Maskenball

im Gasthaus zum „Dörsen“, Schwann.

W. Forstamt Langenbrand.

## Brennholz-Verkauf

am Montag den 2. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, in Langenbrand im Kurhotel zum „Dörsen“ aus Staatswald Hundstal, Hengstberg und Eulenloch: Km.: Buchen Klotz, 72, Nusch. Laubb. 11 und Nadelh. 343. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, O. f. H., Stuttgart.

W. Forstamt Langenbrand.

## Nadelholzlangen-Verkauf

am Mittwoch den 4. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, in Höfen a. Enz im Gasthaus zur „Sonne“ aus dem ganzen Forstbezirk: Bauft.: 91 I., 1083 II., 1819 III., 595 III., 564 IV., 1012 V.; Hopfenst.: 475 I., 1689 II., 1335 III., 1325 IV.; Kleinst.: 25. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, O. f. H., Stuttgart.



Niebelbach.

## Warnung!

Warne hiermit jedermann, meiner Tochter **Johanna Jäck** etwas zu verabreden oder zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Karl Jäck, Schreinermeister.

Gut gepflegt

4/16

## Opelwagen

äußerst preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Engländer-Geschäftsstelle.

## Familien-Drucksachen

Besuchskarten  
Verlobungsanzeigen  
Vermählungsanzeigen  
Geburtsanzeigen  
Dankgungskarten  
Glückwunschkarten usw.  
Liefert in vornehmer Aufmachung äußerst preiswert

C. Meeh'sche Buchhdlg.



u. Restbestände aller Ausverkaufswaren

**Nur noch 3 Tage** In diesen 3 Tagen muß, was noch an Inventur-Ausverkaufsgüter sind, mit Gewalt geräumt werden. Vor allen Dingen müssen aber unsere riesigen Bestände an Resten raus die sich durch den enormen Verkauf der Schnittwaren angesammelt haben und die uns sehr drücken, daß sie auch restlos verschwinden, geben wir **auf alle Reste 10% Rabatt**

**Diese Reste liegen im Lichtlof aus:**

- Für **Kleider, Busen und Mäntel**: Tweed, Velour, Crepe de Chine, Wollstoffe, Crepe Georgette, Waschsamt usw.
- Für **Wäsche**: Windelflanelle, Bettüber, indanthrenfarbiger Batist, Zefir, Hemdentuch, Wascheide, Spitzen, Damast, Linon, Hemden- und Pyjamaflanelle usw.
- Für **den Heimschmuck**: Gardinen, einzelne Stores und Fenstergarnituren usw.

1 Restposten <b>Damen-Strümpfe</b> reine Wolle Paar <b>95</b>	1 Posten <b>Strick-Kostüme</b> darunt. Wiener Modelle, reine Wolle, ohne Rücksicht auf den früheren Preis 12,50, 7,50, <b>4,75</b>	1 Post. Reststücke <b>Schürzen-Barchent</b> und Indanthren <b>Trachtenstoffe</b> nur la. Qualitäten durcheinander jedes Mtr. jetzt <b>95</b>	1 Posten angestaubter <b>Bett- u. Tisch-Wäsche</b> zum Aussuchen zu Spottpreisen
--	---	--	--

# KNOPF

Pforzheim

Schriftlich und telefonisch bestellte Waren werden prompt erledigt. Gekaufte Waren werden kostenlos mit unserem Auto zugestellt.

